

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Kodex für Plattformen

Kommission verstärkt Kampf gegen Desinformation

Seite 3

IM FOKUS

Europäischer Grüner Deal

Maritime Wirtschaft soll nachhaltiger werden

Seite 5

Modernisierung

EU legt Reformvorschläge für Unternehmensbesteuerung vor

Seite 7

NACH ERZWUNGENER LANDUNG

EU verhängt gegen Belarus Sanktionen

Die Europäische Union hat die Zwangslandung eines Flugzeugs der irischen Fluglinie Ryanair auf dem Weg von Athen nach Vilnius in der belarussischen Hauptstadt Minsk verurteilt. „Dies ist ein Angriff auf die Demokratie. Dies ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Und dies ist ein Angriff auf die europäische Souveränität“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim EU-Gipfel in Brüssel und sprach von einer „Entführung“. Von der Leyen forderte die sofortige Freilassung des während der erzwungenen Landung festgenommenen belarussischen Regimekritikers Roman Protasewitsch. „Die Verantwortung für seine Gesundheit und die Gesundheit seiner Begleiterin Sofia Sapega liegt allein in der Verantwortung der belarussischen Behörden“, mahnte die Präsidentin.

Sanktionen gegen Belarus



© Shutterstock

Das digitale COVID-19-Zertifikat der EU soll das Reisen innerhalb Europas einfacher und sicherer machen.

SICHERES REISEN

Europaweites COVID-Zertifikat soll am 1. Juli starten

Reisen in Corona-Zeiten wird in der EU einfacher. Die Staats- und Regierungschefs der EU begrüßten auf ihrem Gipfel in Brüssel eine entsprechende Initiative der EU-Kommission zur Einführung eines digitalen EU-COVID-Zertifikats. Vom 1. Juli an soll europaweit ein digital lesbarer QR-Code als Nachweis für eine Impfung, einen negativen Test oder eine überstandene COVID-Infektion dienen.

> „Wir kommen unserer Zusage nach, das COVID-19-Zertifikat der EU noch vor dem Sommer einzurichten und einsatzbereit zu machen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Das digitale COVID-Zertifikat der EU ist kostenlos, sicher und für alle zugänglich“, erklärte die Präsidentin weiter. Die Kommission hatte den digitalen Impfnachweis im März vorgeschlagen. Eine digitale Datenplattform erlaubt das Erfassen eines QR-Codes per Scan – von Papier oder digital über eine App auf mobilen Endgeräten. Auf EU-Ebene wird das System zügig einsatzbereit sein. In rund 20 Staaten laufen bereits erste Tests, darunter in Deutschland. Andere Länder müssen noch die technischen Voraussetzungen schaffen und können eine Übergangsfrist von

sechs Wochen für die Ausstellung von Zertifikaten nutzen. „Alle Mitgliedstaaten müssen im Juni vollständig einsatzbereit werden, damit sie am 1. Juli mit vollem Tempo starten können“, mahnte Justizkommissar Didier Reynders an.

Das digitale Impfzertifikat sieht unter anderem vor:

> **Einfaches Reisen:** Es gilt das Prinzip der „drei G“ – wer geimpft, von einer Infektion mit dem Virus Sars-Cov2 genesen oder negativ auf Corona getestet ist, kann mit dem digitalen Zertifikat europaweit reisen. Die Mitgliedstaaten sind angehalten, von weiteren Reisebeschränkungen abzusehen. Ausnahmen sind allein möglich, um „die öffentliche Gesundheit in Reaktion auf die COVID-19-Pandemie sicherzustellen“, legt die Regelung fest. >>

“ Den Bürgerinnen und Bürgern wird bei ihren Reisen in der Europäischen Union ein gegenseitig anerkanntes Zertifikat zur Verfügung stehen. ”

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

- >> > **Günstige Tests:** Die EU-Kommission stellt 100 Mio. Euro bereit, um an innereuropäischen Grenzübergängen in ausreichendem Maße erschwingliche PCR-Tests oder Antigen-Schnelltests zu finanzieren.
- > **Zertifizierte Impfstoffe:** Anerkannt für das digitale Impfzertifikat werden alle Vakzine, die auch von der Europäischen Arzneimittelagentur EMA für die EU zugelassen sind.

An der Entwicklung des digitalen EU-Impfzertifikats waren auch die deutschen Unternehmen SAP und T-Systems beteiligt. Das Reisen mit dem gelben Impfpass ist aber weiterhin möglich.

Auf einer Grundsatzrede anlässlich des WDR-Europaforums in Berlin dankte von der Leyen „der Wissenschaft und allen, die mitgeholfen haben, dass wir nun allmählich nach vorn schauen können. Überall in unserer Europäischen Union.“

Die Präsidentin bewertete in ihrer Rede die europäische Impfkampagne als Erfolg. „Jede Sekunde werden im Schnitt 30 Menschen in Europa geimpft“, so von der Leyen. Bis Ende Juli werden 70 Prozent aller Erwachsenen in Europa ein Impfangebot bekommen haben – ähnlich wie in den USA.

Weiterer Vertrag mit BioNTech

Von der Leyen teilte zugleich mit, dass die EU mit dem Mainzer Pharmaentwickler BioNTech und dessen Partner Pfizer einen weiteren Vertrag über die Lieferung von bis 1,8 Milliarden Impfdosen bis zum Jahr 2023 vereinbart hat. „Das ist der größte Impfstoffvertrag weltweit“, sagte die Präsidentin.

„Wir sind die einzige Region in der Welt, die es geschafft hat, sowohl die eigene Bevölkerung zu versorgen, als auch fair mit anderen zu teilen. Darauf, dass unser Europa in dieser Krise Fairness und Offenheit lebt, können wir gemeinsam stolz sein!“, sagte die Präsidentin.

Die EU-Kommission setzt sich seit Beginn der Pandemie im Rahmen der COVAX-Initiative für eine faire Verteilung der Impfstoffe in der ganzen Welt ein. Die EU werde aus ihrem bestellten Kontingent bis zum Jahresende 100 Millionen Impfdosen für ärmere Länder bereitstellen, kündigte von der Leyen auf dem Weltgesundheitsgipfel der G20-Staaten in Rom an. Auf dem Treffen, das die EU-Kommission und der italienische G20-Vorsitz einberufen hatten, sagten führende Impfstoffhersteller den Entwicklungsländern die Lieferung von 2,3 Milliarden Dosen zum Vorzugspreis zu. „Team Europa hat zudem eine Initiative gestartet um die Herstellungskapazitäten in Afrika, den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnik voranzutreiben“, erklärte von der Leyen.

Die EU rief Regierungen weltweit auf, die Impfstoffhersteller zur Ausweitung ihrer Produktion zu ermuntern. So sprach sich die Kommissionspräsidentin dafür aus, Exportbeschränkungen zu begrenzen und Lieferketten offen zu halten. Auch Zwangslizenzierungen seien möglich, erklärte sie und kündigte für Juni eine Initiative für einen Kompromissvorschlag im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO an. (pr) >|

Digitales Impfzertifikat

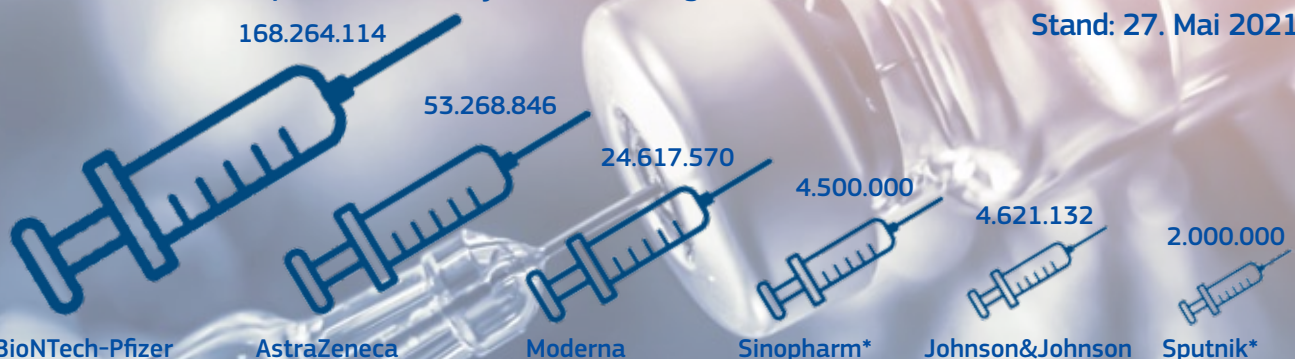
Einreisebestimmungen

Auf Initiative der EU-Kommission kamen die Mitgliedstaaten überein, die Einreisebestimmungen für Urlauber in die Europäische Union zu lockern. So wird die Liste von Drittstaaten erweitert, für die Reisebeschränkungen wegen der günstigen Pandemieentwicklung entfallen. Zudem können Touristen und Geschäftsreisende, die mit einem in der EU zugelassenen Vakzin geimpft sind, einfacher in die EU kommen.

Für den Fall, dass sich die Corona-Lage in einem Land binnen kurzer Zeit dramatisch zuspitzt, ist eine Art Notbremse vorgesehen. So wurden in Deutschland für Reisende aus Indien wegen der dort grassierenden neuen Virus-Variante Einreisbeschränkungen erlassen. Die Bundesregierung stufte mit Blick auf die indische Mutante zudem Großbritannien als Virusvariantengebiet ein.

Die Verteilung der Impfstoffe in der EU

Gesamtzahl der Impfdosen, die bis jetzt an die Mitgliedstaaten verteilt wurden, nach Herstellern; Stand: 27. Mai 2021



Quelle: European Centre for Disease Prevention and Control
Bilder: Shutterstock

*Die Impfstoffe von Sinopharm und Sputnik wurden ausschließlich nach Ungarn geliefert

INTERNETPLATTFORMEN

Kommission verstärkt Kampf gegen Desinformation

Die Kommission will den bestehenden Verhaltenskodex stärken, mit dem sich Online-Plattformen zur Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet verpflichten. Dazu hat sie entsprechende Leitlinien veröffentlicht. „Die Bedrohungen durch Desinformation im Internet entwickeln sich rasch weiter, und wir müssen unser kollektives Handeln verstärken“, sagte Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission, bei der Vorstellung der neuen Leitlinien. Die neuen Vorgaben zielen darauf ab, dass Internetplattformen Nachrichten besser auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen, die sie auf ihren Webseiten ausspielen, etwa zu COVID-19. Zudem soll stärker gegen den manipulativen Missbrauch von Techniken wie zum Beispiel Deep-Fake vorgegangen werden. Auch wird künftig die Werbeindustrie stärker eingebunden, um Webseiten, die gezielt Falschinformationen verbreiten,

von Einnahmequellen abzuschneiden. „Wir müssen die Infodemie und die Verbreitung falscher Informationen, die das Leben der Menschen gefährden, eindämmen. Desinformation darf keine Einnahmequelle bleiben“, warnte Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt.

Die neuen Regelungen sollen zu Beginn des kommenden Jahres greifen und in die Vorschriften über digitale Dienste einfließen, über die Kommission, Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament verhandeln. „Das Gesetz über digitale Dienste wird uns zusätzliche, wirkungsvolle Instrumente zur Bekämpfung von Desinformation an die Hand geben“, sagte Breton.

Kampf gegen Falschinformationen

RAHMENABKOMMEN

EU bedauert Rückzug der Schweiz

Die EU-Kommission hat die Entscheidung der Schweiz, das beiderseitige Verhältnis über ein neues Rahmenabkommen zu regeln, zurückhaltend zur Kenntnis genommen. „Wir bedauern diese Entscheidung angesichts der Fortschritte, die in den letzten Jahren gemacht wurden, um dieses institutionelle Rahmenabkommen Wirklichkeit werden zu lassen“, teilte die Kommission mit. Die Schweiz gehört der EU nicht an, nimmt aber am gemeinsamen Binnenmarkt und vielen europäischen Projekten teil. Die Beziehungen sind über eine Reihe bilateraler Verträge geregelt. Sie sollten durch ein Rahmenabkommen aktualisiert werden.

Über die Übereinkunft war seit sieben Jahren verhandelt worden. Die bisherigen Übereinkommen bleiben nach dem Rückzug der Schweiz bestehen, werden jedoch nicht aktualisiert. „Ohne dieses Rahmenabkommen wird diese Modernisierung der laufenden Beziehungen unmöglich und die bestehenden bilateralen Abkommen werden zwangsläufig veralten“, warnte die EU-Kommission. Für Grenzgänger ändert sich zunächst nichts.

EU-Schweiz

KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG

Erste Anti-Rassismus-Beauftragte berufen

Die EU-Kommission hat Michaela Moua zur ersten Anti-Rassismus-Koordinatorin ernannt. In ihrer neuen Rolle wird Moua eng mit Menschen zusammenarbeiten, die einer ethnischen Minderheit angehören, und ihre Anliegen der Kommission übermitteln. Michaela Moua wird in ihrem Kampf gegen Diskriminierung eng mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft kooperieren, speziell mit Kommissionsdienststellen, um die Politik der Kommission zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus effektiv umzusetzen. „Mit der Ernennung unternimmt die Kommission einen weiteren wichtigen Schritt zur Förderung einer antirassistischen Europäischen Union“, erklärte Helena Dalli, Kommissarin für Gleichstellung.

Moua hatte nach einer Karriere als Profi-Basketballspielerin und im NGO-Bereich zuletzt im finnischen Justizministerium gearbeitet. Ihre Berufung ist Teil des EU-Aktionsplans gegen Rassismus, der im September 2020 vorgelegt wurde.

Anti-Rassismus-Beauftragte

KLIMAÜBERGANGSFONDS

Braunkohleregionen in Deutschland erhalten 2,3 Mrd. Euro

Regionalkommissarin Elisa Ferreira hat die Verabschiedung des Fonds für einen gerechten Klimaübergang (Just Transition Fund) durch das Europäische Parlament begrüßt. „Das ist ein Meilenstein im Rahmen des Europäischen Grünen Deal“, erklärte Ferreira nach der finalen Zustimmung des Parlaments. Die Kommission hatte den Fonds vorgeschlagen, um Regionen beim Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft zu unterstützen. Insgesamt stellt die Europäische Union 17,5 Mrd. Euro für den Fonds bereit. In die deutschen Kohleregionen wie die Lausitz und das Mitteldeutsche Braunkohlerevier fließen dabei rund 2,3 Mrd. Euro. Die Mittel werden den Übergang zu einem „sozial gerechten und wirtschaftlichen nachhaltigen grünen Übergang“ fördern, erklärte Ferreira.

Klimaübergangsfonds

INVESTITIONSABKOMMEN EU-CHINA

Stiftungen, NGOs und Wirtschaftsverbände bleiben unberührt

© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland ist Befürchtungen entgegengetreten, deutsche Stiftungen, Wirtschaftsverbände und andere Nichtregierungsorganisationen in China dürften wegen einer Bestimmung im EU-China-Investitionsabkommen künftig nur noch von chinesischen Staatsbürgern geleitet werden. „Vorgaben für ausländische Nichtregierungsorganisationen in China fallen eindeutig nicht in den Regelungsbereich des Abkommens“, zerstreute Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, mögliche Bedenken. Das Investitionsabkommen mit China wurde im vergangenen Dezember vereinbart. Das Comprehensive Agreement on Investment (CAI) gilt – wie alle Investitions- und Handelsabkommen der EU – nur für kommerzielle Unternehmen. Die Tätigkeiten nichtstaatlicher Organisationen fallen nicht darunter. Das

Investitionsabkommen verlangt auch nicht, dass europäische Wirtschaftsverbände oder Handelskammern in China über Führungskräfte aus China verfügen müssen. Ein in diesem Zusammenhang zitierter Anhang umfasst lediglich ein Angebot Chinas, das für die EU nicht bindend ist.

Die Europäische Kommission verfolgt die Entwicklung des chinesischen Regelungsumfelds aufmerksam und ist stets bereit, europäische Unternehmen vor Ort im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung und ihrer Arbeit im Bereich des Marktzugangs zu unterstützen. Das Europäische Parlament muss dem Abkommen noch zustimmen.

Investitionsabkommen EU-China

BLAUE KARTE

Zuzug von Fachkräften wird vereinfacht

Der Zugang für hochqualifizierte Fachkräfte zum europäischen Arbeitsmarkt wird leichter. Auf entsprechende neue Regeln für die Blaue Karte haben sich das Europäische Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten verständigt. Galt bisher für Fachkräfte als Voraussetzung für eine Arbeitserlaubnis, dass sie mindestens das Anderthalbfache des durchschnittlichen Bruttolohns eines Lands erhalten, können die Mitgliedstaaten die Schwelle künftig zwischen dem 1- bis 1,6-fachen variieren. IT-Experten können unter bestimmten Umständen auch ohne Examen eine Arbeit in der EU aufnehmen.

„Die Blaue Karte wird dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu reagieren und die Produktivität zu steigern, damit die EU gestärkt aus dieser Pandemie hervorgehen kann“, erklärte Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission. Er fügte hinzu: „Diese Einigung über ein wichtiges Migrationsdossier zeigt auch, dass sich die EU durch Zusammenarbeit mit einem zukunftsfähigen Migrationssystem ausstatten kann.“

Zuwanderung von Fachkräften

KULTURERBEPREIS 2021

EU zeichnet Bauhaus-Musterhaus aus

Das vom Bauhaus in Weimar 1923 errichtete Haus am Horn erhält einen der diesjährigen Europäischen Kulturerbepreise. Das gaben die EU-Kommission und Europa Nostra, das führende europäische Netzwerk für Kulturerbe, bekannt. Die höchste europäische Kulturerbe-Auszeichnung geht 2021 an 24 beispielhafte Leistungen aus 18 europäischen Ländern in den Bereichen Erhaltung, Forschung, Engagement, Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung. Die Preisträger „sind Botschafter der Schönheit des Kulturerbes in Europa“, würdigte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend.

Das Haus am Horn in Weimar wurde in der Kategorie Erhaltung ausgezeichnet. Es wurde als Versuchshaus zur Bauhaus-Ausstellung errichtet und demonstrierte die Vorstellungen über zeitgemäßes Bauen und Wohnen. Das nun ausgezeichnete Projekt ermöglicht Besuchern, die innovativen Ideen der Bauhaus-Pioniere, ihre künstlerischen Ansätze und die von ihnen angewandten revolutionären und experimentellen Technologien nachvollziehen.

EU-Kulturerbe-Auszeichnung

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

Kommission treibt den Aufbau einer nachhaltigen blauen Wirtschaft voran

Im Zuge des Europäischen Grünen Deals wird die Europäische Union auch ihre maritime Wirtschaft nachhaltiger ausrichten. Eine entsprechende Leitlinie hat die EU-Kommission vorgelegt. „Umweltverschmutzung, Überfischung und Zerstörung von Lebensräumen gefährden zusammen mit den Auswirkungen der Klimakrise die reiche marine Biodiversität, von der die blaue Wirtschaft abhängt“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission. „Gesunde Ozeane sind die Grundvoraussetzung für eine florierende blaue Wirtschaft“, fügte er hinzu.

> Die blaue Wirtschaft ist ein wichtiger ökonomischer Faktor in der Europäischen Union und umfasst alle Wirtschaftszweige rund um Meere und Küsten von der Schifffahrt über Fischfang und Energiegewinnung auf See bis hin zu Häfen, Werften und Küstentourismus an Land. Insgesamt bietet die blaue Wirtschaft 4,5 Millionen Menschen direkt Arbeit und erzielte im Jahr 2018 einen Umsatz von rund 176 Mrd. Euro. Künftig wird angestrebt, dass alle Sektoren ihre Umweltbelastungen und Klimaauswirkungen verringern. „Der grüne Wandel ist nur mit der blauen Wirtschaft möglich“, sagte Virginijus Sinkevičius, Kommissar für Umwelt, Fischerei und maritime Angelegenheiten.

Im Einzelnen enthält die Strategie unter anderem folgende Ziele:

- > **Klimaneutralität und Null-Schadstoff-Ziel:** Der Europäische Grüne Deal sieht vor, dass die EU bis 2050 klimaneutral wird. Dazu werden im Bereich der Schifffahrt 90 Prozent der Treibhausgas-Emissionen eingespart. Zudem wird die Ökologisierung der Seehäfen vorangetrieben und die Entwicklung erneuerbarer Offshore-Energien ausgebaut. So könnte ein nachhaltiger Meeresenergie-Mix mit schwimmender Wind-, Wärme-, Wellen- und Gezeitenenergie ab 2050 ein Viertel des Stroms in der Europäischen Union liefern.
- > **Umstieg auf Kreislaufwirtschaft und weniger Meeresverschmutzung:** Bis 2023 wird die EU-Regelung zum Schiffsrecycling und für die Stilllegung von Offshore-Plattformen überarbeitet. Darüber hinaus sinkt die Belastung der Gewässer durch Kunststoffe und Mikroplastik drastisch.
- > **Erhalt der Biodiversität:** 30 Prozent der Meeresfläche in der Europäischen Union werden künftig als reguläre Schutzzone ausgewiesen.



© Shutterstock

Das sichert die biologische Vielfalt, erhöht die Fischbestände und stärkt sowohl Klima- als auch Küstenschutz.

- > **Nachhaltige Lebensmittelerzeugung:** Mit den inzwischen angenommenen strategischen Leitlinien der EU für eine nachhaltige Aquakultur verpflichtet sich die Kommission zur Förderung einer nachhaltigen Aquakultur in Europa. Künftig werden eine nachhaltige Erzeugung und neue Vermarktungsformen für Meeresfrüchte vorangetrieben sowie Algen und Seegrass stärker genutzt. Strengere Fischereikontrolle sowie Forschung und Innovation im Bereich der Meeresfrüchte tragen zusätzlich dazu, die europäischen Meere nachhaltig zu bewirtschaften.
 - > **Verbessertes Raummanagement auf See:** Das neue Blaue Forum wird den Dialog zwischen Offshore-Betreibern, Interessenträgern und Forschern vorantreiben. Bereits im kommenden Jahr wird ein Bericht über die Umsetzung der EU-Richtlinie zur maritimen Raumplanung vorgelegt.
 - > **Anpassung an den Klimawandel und robuste Küstenlandschaft:** Der Schutz der Küstengebiete vor Erosion und Überschwemmung wird zum Erhalt der Biodiversität beitragen. Das fördert die maritime Wirtschaft und den Tourismus in der Region.
- „Wir müssen unseren Kurs ändern und eine nachhaltige blaue Wirtschaft aufbauen, bei der Umweltschutz und Wirtschaftstätigkeit Hand in Hand gehen“, mahnte Timmermans. Um die Finanzierung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft zu erleichtern, will die Kommission ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank verstärken. (pr) >|

Eine strengere Fischereikontrolle wird künftig dazu beitragen, die Überfischung der Ozeane zu verhindern.

Timmermans trifft Kerry zu Klimagesprächen

Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, hat in Berlin Unterredungen mit dem Klimabeauftragten der US-Regierung, John Kerry, geführt. Sowohl die EU als auch die USA haben sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu sein. Im Interview mit dem ZDF sagte Timmermans: „Klimapolitik ist auch Sicherheitspolitik.“ Reagiere die Menschheit nicht schnell auf die Klimakrise, werden „unsere Kinder und Enkelkinder Kriege führen um Wasser und um Nahrung“, so Timmermans.

Die EU-Kommission wird am 14. Juli ihr „Fit for 55“-Paket vorlegen. Darin wird sie ein Dutzend Vorschläge machen, um die Klimaziele in der ersten Etappe bis 2030 sozial gerecht umzusetzen.

WISSENSCHAFT

EU will Standards der Forschung und Freiheit in der Wissenschaft stärken

Die Kommission strebt engere Forschungsk Kooperationen mit Ländern außerhalb Europas an und will dabei fundamentale wissenschaftliche Prinzipien stärken. „Offenheit war schon immer ein Eckpfeiler unserer Zusammenarbeit mit der übrigen Welt“, sagte Margrethe Vestager, die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, bei der Vorlage des neuen Konzepts für Forschung und Innovation.



Mit ihrer neuen Strategie will die EU die internationale Kooperation in Forschung und Entwicklung stärken.

> Mit dem jetzt vorgelegten globalen Konzept zielt die Kommission vor allem darauf ab, multilaterale Partnerschaften auszubauen und Offenheit und Gegenseitigkeit in ihrer Zusammenarbeit mit der übrigen Welt fördern. „Unsere Reaktion auf die Pandemie hat gezeigt, welche Vorteile mit einer offeneren Wissenschaft und dem Austausch von Daten und Ergebnissen für die Menschen in Europa und der übrigen Welt verbunden sind. Diese Strategie wird uns zu einer globalen kritischen Masse im Bereich Forschung und Innovation verhelfen und so die Suche nach Lösungen für die drängenden globalen Herausforderungen unserer Zeit erleichtern“, erläuterte Vestager.

Mit der neuen Strategie werden auch Vorhaben angestoßen, wieder ein ausgewogenes Verhältnis in der internationalen Zusammenarbeit zu erreichen. Die EU wird dazu ihre Zusammenarbeit mit anderen Ländern anpassen und sie mit den Interessen und Werten der EU verknüpfen. Dafür werden unter anderem gemeinsame Strategien für die Zusammenarbeit mit Partnern in Ländern außerhalb der EU erarbeitet, die gemeinsame wissenschaftliche Standards, gleiche Ausgangsbedingungen und die Wahrung gemein-

samer Werte festschreiben. So zum Beispiel ein ethisches Vorgehen in der Forschung, die Gleichstellung der Geschlechter und faktengestützte Politikgestaltung.

Die angestrebten strategischen Kooperationen umfassen unter anderem:

- > Die Entwicklung eines strategischen Forschungs- und Innovationsplans für Afrika; das schließt eine Afrika-Initiative ein, mit der im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont Europa die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern intensiviert wird.
- > Eine Strategie für gemeinsame Forschungsvorhaben der EU mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (EU-LAC).
- > Initiativen, um mit China gemeinsame Standards für Forschungsvorhaben zu entwickeln, die auch auf Gegenseitigkeit beruhen.

Internationale Kooperation unerlässlich.

Zugleich schlagen das geopolitische Umfeld und die Debatten über Menschenrechte und Grundwerte vielfach auch auf die Bedingungen für Forschungsprojekte durch. Die Kommission setzt sich deshalb für ein Maß an Offenheit ein, um im Interesse des wissenschaftlichen Fortschritts und der Entwicklung lebendiger Forschungslandschaften die Wissenschaft voranzutreiben.

So plant die Kommission, Leitlinien für den Umgang mit ausländischer Einflussnahme auf Forschungsorganisationen und Universitäten in der Europäischen Union vorzulegen. Ziel ist es, die Freiheit der akademischen Forschung, die Integrität der Wissenschaft und die institutionelle Autonomie des universitären Raums sicherzustellen.

„Unser Handeln auf dem Gebiet der Forschungszusammenarbeit ist von Offenheit geprägt. Gleichzeitig ist das globale Umfeld im Wandel begriffen. Daher müssen wir uns mit noch mehr Nachdruck für gleiche Ausgangsbedingungen und Gegenseitigkeit sowie für die Achtung von Grundwerten und Grundprinzipien einsetzen“, sagte Mariya Gabriel, zuständige Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. (pr) >|

■ Globale Forschungsk Kooperation

Horizont Europa

Das neue Forschungsprogramm der EU trägt den Namen Horizont Europa und sieht für die Jahre 2021 bis 2027 Investitionen von rund 99,5 Mrd. Euro (in laufenden Preisen) vor. Schwerpunkte des Programms sind Forschungsarbeiten rund um den Klimaschutz im Rahmen des Europäischen Grünen Deals mit 35 Prozent des Budgets.

Die EU ist ein Zentrum der Innovation. Rund 20 Prozent der weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden in Europa getätigt. Auf europäische Forschungseinrichtungen entfällt ein Drittel der wissenschaftlichen Publikationen.

MODERNISIERUNG

EU will Unternehmen gerechter besteuern

Mit Blick auf Globalisierung und Digitalisierung will die Kommission Unternehmen in Europa fairer, nachhaltiger und transparenter besteuern. Die neue Steueragenda der Kommission berücksichtigt die Lenkungswirkung von Abgaben beim Klimaschutz und soll die Erholung der Wirtschaft nach der Pandemie auch steuerlich unterstützen. „Mit der heutigen Mitteilung schaffen wir die Grundlagen für eine den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsene Unternehmensbesteuerung in Europa und tragen zu einer gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaft bei“, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Wirtschaftskommissar Paolo Gentilo ergänzte: „Wir müssen in Europa Steuern neu denken.“

> Gentiloni nannte zwei Gründe für die Reformvorschläge der Kommission. So gehe es für die Zeit nach der Pandemie darum, die Grundlagen für solide öffentliche Finanzen zu schaffen. Zudem stammten die Grundlagen für das derzeitige Steuersystem aus den Zeiten vor der Globalisierung. Geschäftsmodelle multinationaler Unternehmen in Zeiten einer globalisierten und digitalisierten Wirtschaft seien dadurch nur schwer zu erfassen.

Die Vorschläge der Kommission für eine Modernisierung beruhen auf drei Gesetzesinitiativen:

> **Unmittelbare Initiative für eine vereinfachte steuerliche Abschreibung von Verlusten:** Vor allem kleinen und mittleren Unternehmen soll die Chance eingeräumt werden, durch mehr steuerliche Flexibilität die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besser zu überwinden. Die Kommission ermunterte die Mitgliedstaaten daher, eine Regelung zu schaffen, die Unternehmen den Verlustrücktrag zumindest auf das vorangegangene Geschäftsjahr ermöglicht. Unternehmen, die in den Jahren vor 2020 Gewinne erwirtschafteten und Steuern zahlten, könnten dann ihre Verluste in den Jahren 2020 und 2021 mit diesen Steuern verrechnen.

> **Kurzfristig ein Vorstoß für mehr Steuertransparenz und -gerechtigkeit:** So wird die Kommission bis Ende dieses Jahres Vorschläge für eine bessere und strengere Kontrolle von Briefkastenfirmen vorlegen. Ziel ist es, die Aufsicht der Steuerbehörden zu erleichtern und eine aggressive Steuerplanung zu verhindern. Bis Ende 2022 will die Kommission zudem eine Regelung präsentieren, die bestimmte in der EU tätige



Großkonzerne dazu verpflichtet, ihre effektiven Steuersätze zu veröffentlichen.

> **Mittelfristig eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung:** Bis 2023 wird die Kommission dann komplett neue Regeln für die Unternehmensbesteuerung in der EU vorlegen.

“ Das Steuerrecht muss auch bei multinationalen Unternehmen greifen. ”

Der Vorstoß mit dem Titel „Unternehmen in Europa: ein Rahmen für die Unternehmensbesteuerung“ („Business in Europe: Framework for Income Taxation“ – BEFIT) setzt europaweit einheitliche Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung mit einer gerechteren Aufteilung der Steuerhoheit unter den Mitgliedstaaten. Die neue Regelung tritt an die Stelle des bisherigen Vorschlags für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (Common Consolidated Corporate Tax Base – CCCTB), auf den sich die Mitgliedstaaten in den zurückliegenden Jahren nicht verständigen konnten.

„Wir müssen gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien vorgehen“, sagte Gentiloni. Der Kommissar legte zugleich dar, dass der Vorstoß der Kommission im Rahmen einer Initiative von OECD und G20 zur weltweiten Mindestbesteuerung von Großunternehmen zu sehen ist, der jetzt auch von den USA unterstützt wird. (pr) >|

EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni will gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien vorgehen.

Valdis Dombrovskis,
Exekutiv-Vizepräsident
der EU-Kommission

ONLINE-JUGENDDIALOG

Für eine nachhaltigere Zukunft Europas

Mit dem offiziellen Startschuss für die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein europaweiter Dialogprozess eingeleitet worden. Die bundesweite Bürgerdialogreihe „Europa – Wir müssen reden!“ der Europa-Union Deutschland soll einen Beitrag dazu leisten, dieses Vorhaben in die Breite der Gesellschaft zu tragen. In den nächsten Monaten werden u.a. grenzüberschreitende (Online-)Bürgerdialoge organisiert.



Premiere hat dieses Format am 31. Mai mit einem deutsch-skandinavischen Online-Jugenddialog, in dem Ideen, Fragen und Positionen rund um eine nachhaltigere Zukunft Europas ausgetauscht werden können.

■ *Deutsch-skandinavischer Online-Jugenddialog*

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Mobilität junger Freiwilliger in der EU

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation gestartet, um mehr über Herausforderungen und Möglichkeiten für junge Menschen zu erfahren, die an Freiwilligenprojekten in der gesamten EU teilnehmen – auch im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps. Mit Hilfe der Initiative sollen junge Menschen in Europa die Möglichkeiten des neuen Solidaritätskorps voll ausschöpfen und unter optimalen Bedingungen an grenzüberschreitenden Solidaritätsaktivitäten teilnehmen können, die von nationalen Behörden oder privaten Einrichtungen organisiert werden. Dabei werden gesundheitliche Herausforderungen wie die COVID-19-Pandemie ebenso berücksichtigt wie Digitalisierung, soziale Eingliederung, generationenübergreifende Solidarität und Klimawandel. Die Konsultation ist bis zum 21. Juli 2021 geöffnet.



© Shutterstock

■ *Öffentliche Konsultation zur Mobilität junger Freiwilliger*

INNOVATIVE KLIMASCHUTZIDEEN GEFRAGT

Preis der Zivilgesellschaft 2021 ausgelobt

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat das Bewerbungsverfahren für den von ihm vergebenen Preis der Zivilgesellschaft 2021 eröffnet. Der diesjährige Preis steht unter dem Motto Klimaschutz. Der EWSA wird damit kreative und innovative Initiativen für einen gerechten Übergang zu einer Niedrigemissionswirtschaft auszeichnen. Bewerben können sich alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Europäischen Union amtlich registriert sind. Auch Einzelpersonen mit Wohnsitz in der EU sind teilnahmeberechtigt.



Zugelassen sind nur Initiativen und Projekte, die in der EU durchgeführt werden. Einsendeschluss für die Bewerbungen ist am 30. Juni 2021 um 10.00 Uhr. Der Preis ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert und wird unter fünf Preisträgern aufgeteilt. Die Preisverleihung wird vorbehaltlich der Gesundheitslage voraussichtlich im Rahmen der EWSA-Plenartagung am 8./9. Dezember 2021 in Brüssel stattfinden.

■ *Preis der Zivilgesellschaft 2021*

DEMOKRATIE NEU GEDACHT

Sommerakademie vom 19. bis 23. Juli

Die Europäische Akademie Berlin (EAB) widmet ihre Sommerakademie in diesem Jahr den deutschen, polnischen und ungarischen Perspektiven. Anlass bietet der jeweilige Umgang mit der Pandemie und der Bekämpfung des Virus – auch im Kontext des demokratischen Status-Quo. In Form eines Ideenlabors kreieren und diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diversen interaktiven Formaten und Workshops aus verschiedenen europäischen Blickwinkeln die zentralen Fragen der Demokratie der Zukunft.

Ziel ist es, mögliche Antworten auf grenzübergreifende Fragen zu diversen Facetten einer modernen Demokratie zu entwickeln. Teilnehmen können junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren aus Deutschland, Polen und Ungarn. Anmeldeschluss ist der 6. Juni.

■ *EAB-Sommerakademie*